

Mit unserer Sport-Beilage am Montag

Einzelpreis 60 Groschen

# Salzburger Nachrichten

UNABHÄNGIGE DEMOKRATISCHE TAGESZEITUNG

Salzburg, Bergstraße Nr. 12, Telephon Nr. 62 41. — Einzelpreis 60 g — Bezugspreis monatlich S 12.— Postsparkassen-Konto Wien Nr. 188.904

Nummer 88

Montag, 16. April 1951

7. Jahrgang

## Nordkorea fordert UN-Vermittlungsaktion

Vereinte Nationen sollen laut Forderung der nordkoreanischen Regierung auf Basis der Warschauer Resolution im Korea konflikt vermitteln - Punkt 1 der Resolution: Feuerstille, Punkt 2: Abzug aller ausländischen Truppen

TOKIO (AFP, UP). Der nordkoreanische kommunistische Sender Pjöngjang meldete Sonntag abend, daß die nordkoreanische Regierung in einer Botschaft an den UN-Generalsekretär verlangt habe, die Vereinten Nationen mögen den Koreakonflikt auf Grundlage der Resolution des zweiten Warschauer „Friedenskongresses“ friedlich beilegen. Die Warschauer Resolution fordert als ersten Punkt einer friedlichen Regelung die Einstellung der Feindseligkeiten und stimmt dadurch mit dem Standpunkt der Vereinten Nationen überein, während die rothochseitsche Regierung eine gleichzeitige Einstellung des Feuers und Behandlung der Vertreibung Rotchinas bei den Vereinten Nationen sowie der Formosafrage fordert. Weiter fordert die Warschauer Resolution den sofortigen Abzug „aller ausländischen Truppen“ aus Korea und die Lösung des Koreaproblems durch das koreanische Volk selbst.

In Washingtoner Außenamt und beim UN-Generalsekretär ist war Sonntag von dem nordkoreanischen Verlangen noch nichts bekannt.

### Erbitterte Kämpfe in Korea

TOKIO (UP, AFP, Reuter). Samstag und Sonntag versteifte sich im Westabschnitt und an der östlichen Flanke des Mittelabschnitts der Koreakonflikt der gegnerischen Widerstand und es kam stellenweise zu erbitterten Gefechten. An einem Brennpunkt der Kämpfe im Raum von Yonchon, mußten die UN-Truppen unter der Wirkung von Gegenangriffen des Feindes einige wichtige Höhenstellungen aufgeben. An einer anderen Stelle des Mittelabschnitts rückten Chinesen ohne erziellichen Grund ausgeschnitten ausgebaute, sehr starke Stellungen im Gebirge. Um den Staudamm des Hwachon-Stauseekens wurde bereits an drei aufeinanderfolgenden Tagen erbittert gekämpft, ohne daß die UN-Truppen den Gegner werfen konnten. Samstag und Sonntag erzielten die UN-Streitkräfte nur beschränkte Geländegewinne.

Das Oberkommando der USA-Luftwaffe gab jetzt zum erstenmal bekannt, daß seit Beginn des Koreakrieges insgesamt sechs Superfestungen durch Flak oder feindliche Flugzeuge abgeschossen worden seien.

Radio Peking behauptete Sonntag, daß 200 USA-Flugzeuge am 11. April die Küstengebiete der Provinz Fukien gegenüber Formosa überflogen und dabei fünf dieser Flugzeuge chinesische Bürger beschossen und verwundet hätten.

### Truman verwirft Beschwichtigungspolitik

WASHINGTON (UP, Reuter). Präsident Truman hielt Samstag abend auf einer Kundgebung der demokratischen Partei eine Rede, in der er erklärte, der Kampf in Korea müsse weitergeführt werden, weil der zur Expansion drängende Weltkommunismus sonst an anderer Stelle „und wahrscheinlich in größerer Nähe zu unserem Lande“ angegriffen würde. Die Vereinigten Sta-

ten seien immer zu einer friedlichen Regelung der bestehenden Streitigkeiten bereit, doch müsse eine solche Regelung auf den Grundsätzen basieren, für die die Vereinten Nationen kämpfen. Das bedeutet, daß die Sowjets und Rotchina ihre aggressiven Pläne aufgegeben müßten. In dieser Hinsicht gebe es keinen Kompromiß und keine Beschwichtigungspolitik, denn eine solche würde eine Belohnung der Aggression bedeuten. Truman hob hervor, daß der

Kampf in Korea die Kommunisten an der Durchführung ihrer Aggressionspläne verhindert, die freie Welt gewarnt und ihr Zeit zur Stärkung ihrer Verteidigung gegeben habe, so wie das gesamte System der Diktatur schwer belaste. „Diktaturen können dauernde Rückschläge nicht überleben. Es zeigen sich bereits Risse in der Struktur des internationalen Kommunismus.“

Schließlich setzte sich Truman mit seinen innerpolitischen Gegnern aus-

einander und warf den Republikanern vor, daß sie nur zur Vorbereitung des Wahlkampfs für die Präsidentenwahl im nächsten Jahre McArthur's Entlassung zum Anlaß politischer Angriffe gegen ihn (Truman) nähmen. Für diese Leute, die die Zukunft des Landes und den Weltfrieden für kleinliche politische Zwecke ausnutzen, scheine es wichtiger zu sein, die nächsten Wahlen zu gewinnen, als einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

## Militär gegen Streifende in Südpersien

TEHERAN (UP, Reuter, AFP). Die blutigen Unruhen im südpersischen Erdbegebiet dauern an. Iranische Truppen versuchten, nachdem die Regierung mit einstimmiger Billigung der Volksvertretung das Kriegsrecht über das gefährdete Gebiet verhängt hatte, am Sonntag vergeblich, rund 28.000 antikirchische Demonstranten zu vertreiben, die um die größte Ölfraffinerie der Welt einen dichten Ring von Streikposten aufgestellt haben. Die Demonstranten werden von kommunistischen Agitatoren angeführt und fordern die sofortige Entfernung der „britischen Piraten“. Samstag wurden bei den Zusammenstößen ein Polizist und ein Arbeiter getötet und mehrere Polizisten verletzt.

Anderen Meldungen zufolge sollen britische Kriegsschiffe in iranischen Gewässern aufgekreuzt sein und man rechnet mit einer Landung britischer Soldaten. Die Anglo-Iranian-Oil-Company gab Sonntag bekannt, daß die amerikanischen Familien, die im Gebiet von Abadan leben, auf deren Befehl evakuiert worden seien.

Der Leibarzt des Schahs teilte Sonntag mit, daß sich das Staatsoberhaupt vor Durchführung einer Blindarmoperation zur weiteren ärztlichen Untersuchung ins Ausland begibt, ohne daß die UN-Truppen den Gegner werfen konnten. Samstag und Sonntag erzielten die UN-Streitkräfte nur beschränkte Geländegewinne.

Das Oberkommando der USA-Luftwaffe gab jetzt zum erstenmal bekannt, daß seit Beginn des Koreakrieges insgesamt sechs Superfestungen durch Flak oder feindliche Flugzeuge abgeschossen worden seien.

Radio Peking behauptete Sonntag, daß 200 USA-Flugzeuge am 11. April die Küstengebiete der Provinz Fukien gegenüber Formosa überflogen und dabei fünf dieser Flugzeuge chinesische Bürger beschossen und verwundet hätten.

### Ernest Bevin gestorben

LONDON (UP, Reuter, AFP). Der erst am 9. v. M. zurückgetretene frühere britische Außenminister Ernest Bevin, der seither das Amt eines Lordsgiebelbewahrers in der Regierung inne hatte, erlag Samstag kurz nach 18 Uhr einem Herzinfarkt. Bevin, der ein Alter von 70 Jahren erreichte, wollte sich Sonntag nachmittag von seiner Wohnung Carlton Gardens Nr. 1 dem Amtssitz des britischen Außenministers, wo er noch immer wohnte, in das Wembley-Stadion zum Fußballspiel England-Schottland begeben. Er gab dies jedoch auf, da er sich nicht wohl fühlte. Sein Amt wurde sofort herbeigerufen, doch war jede Hilfe vergebens, ein Herzinfarkt führte Bevins Tod herbei. Durch das Ableben des gewesenen Außenministers wird eine Nachwahl für das Unterhaus im Londoner Wahlkreis East Woolwich notwendig.

Die Einäscherung der Leiche Bevins wird Mittwoch nach einem einfachen Gottesdienst in einem Londoner Krematorium erfolgen.

Der Verbrennung werden nur die Familienmitglieder, einige Freunde und die engsten Mitarbeiter Bevins bewohnen. Wie erst jetzt bekannt wird, soll Bevin kurz vor dem 9. März, da man ihn wegen seiner erschütterten Gesundheit von verschiedenen Seiten zur Demission drängte, erklärt haben: „Es ist mein Amt, das mich am Leben hält. Es aufzugeben, würde für mich den Tod bedeuten.“

Die gesamte englische Presse ohne Unterschied würdigte Bevin als bedeutende Persönlichkeit des britischen öffentlichen Lebens und als einen Mann, der immer sein Bestes für sein Land und für die Welt zu tun bestrebt gewesen sei. Seine Person sei ein Stück englisches Lebens gewesen: Gefühlsvoll, tapfer, treu und unbetrarbar.

Auch die gesamte amerikanische und die europäische Presse außerhalb des Eisenen Vorhangs würdigten Bevin als bedeutende politische Persönlichkeit und wertvolle Menschen. Von Staatsmännern aus aller Welt trafen bei der englischen Regierung und der Familie des Verstorbenen Beileidstelegramme ein. Der König von England erklärte in einer der Witwe überbrachte Beileidsbotschaft: „Er hat sein Leben dem Dienste seiner Mitbürger geweiht, die seiner in Dankbarkeit und Verehrung gedenken werden.“

Ministerpräsident Attlee, der selbst noch im Krankenhaus ist, hob hervor, daß Bevin viel zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Europas und zur Schaffung des Atlantikpanals beigetragen habe. Mit ihm habe er einen sehr lieben Freund und ungemein fähigen, loyalen Mitarbeiter verloren. Winston Churchill äußerte gleichfalls seine Trauer über den Tod seines Kriegskameraden und sagte: „Ein heroischer Geist ist von uns gegangen, er hat seinen Platz in der Geschichte.“

### McArthur wird vor dem Kongress sprechen

WASHINGTON (UP, Reuter, AFP). General a. D. McArthur wird Montag oder Dienstag mit Flugzeug in San Francisco und Donnerstag in New York eintreffen. Die beiden Städte sowie die Behörden von Washington wollen ihm einen großen Empfang bereiten. Der Geschäftsausschuß des Repräsentantenhauses wird Dienstag über den republikanischen Antrag, McArthur in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses anzuhören, beschließen. Führende Demokraten sprachen sich für die Annahme dieses Antrages aus. Ferner ließ Präsident Truman eine Erklärung veröffentlichen, in der er es begrüßt, daß der Kongress General McArthur anhören wolle. Weiter heißt es in Trumans Erklärung, es entspräche den Gepflogenheiten, wenn der Kongress einem unserer größten Militärs diese Ehre erweist.“

Sonntag stattete in Tokio der japanische Kaiser Hirohito, sich über alle bisherigen Geprägtheiten seines Hauses hinwegsetzend, General McArthur in der amerika-

## Menschenraub

In Wien und Umgebung nehmen in letzter Zeit wieder die Fälle von Menschenraub zu. Auf irgendeine Weise werden Menschen dazu gelockt, in ein wartendes Auto zu steigen und diese Begeisteitung ist dann die letzte, die über die Betroffenen bekannt wird. Sie bleiben verschwunden und lassen außer ihren verzweifelten Angehörigen nur das Gerücht zurück, daß die sowjetische Besatzungsmacht eine Entführung durchführen ließ.

Vor einigen Tagen gelang es der Wiener Polizei nach einer solchen Entführung sehr nachhaltige Verdachtsmomente dafür zu gewinnen, daß österreichische Polizeorgane unter Verwendung ihrer amtlichen Ausweise an solchen Entführungen teilgenommen haben. Alle Verdächtigen gehören dem Kommunistischen Partei an. Ein kommunistischer Polizei-Bezirksleiter scheint seinem kommunistischen Untergebenen den Auftrag zur Entführung erteilt zu haben, nachdem er diesen Auftrag offenbar von der Besatzungsmacht erhalten hatte. Also sind hier offensichtlich Österreicher daran beteiligt, ihre Landsleute wie Tiere im Urwald hinterlistig einzufangen. Daß manche dieser pflichtvergessenen Österreicher dies aus politischer Überzeugung tun, enthebt die zuständigen Behörden des Staates aber keineswegs von der Pflicht, sich nun ganz ernsthaft mit dem Gedanken zu befassen, alle derartigen Elemente schleunigst der Uniformen, Abzeichen und Ausweise der Staatsgewalt zu entkleiden. Dies ist ganz offensichtlich bisher in völlig unzureichendem Maße geschehen. Jener Kriminalbeamte, der die letzterwähnte Entführung nach allen Verdachtsmomenten durchgeführt zu haben scheint, wurde nicht nur nicht verhaftet, sondern nach seiner Einvernahme sogar im Besitz aller Dienstlegitimationen frei, vielleicht auf neue Opfer losgelassen.

Hier muß nun sehr klar die Frage der Stellung der österreichischen Polizei zur Besatzungsmacht behandelt werden, und zwar in aller Offenheit. Gerade in der Sowjetzone gibt es bekanntlich auf diesem Gebiet zahlreiche Schwierigkeiten. Das Mißtrauen auf beiden Seiten ist gewaltig und dieses Mißtrauen dürfte eine der Ursachen für die Schwierigkeiten sein. Zwar darf man natürlich die Tatsachen der weltweiten politischen Konzeption der Sowjetpolitik nicht aus den Augen verlieren, deren Teil auch die Sowjetpolitik in Österreich ist. Aber ebenso wenig wäre der Schluß richtig, die sowjetische Besatzungsmacht sei daran, in ihrer Zone das kommunistische System aufzurichten. Die sowjetischen Behörden haben vielmehr in zahlreichen Fällen, in entsprechenden Situationen die auf der Hand liegenden Möglichkeiten nicht benutzt, um die Kommunisten an die Macht zu bringen. Die Übergriffe lokaler Sowjetbehörden dürfen keineswegs als unbedingter Ausdruck der Haltung der führenden Sowjetbehörden gewertet werden. Die Innenpolitik Österreichs scheint derzeit für die Sowjets nur insoweit interessant zu sein, als die Sowjets den Westmächten zutrauen, sich unter Bedienung von Österreichern und auch österreichischer Amtsstellen an die Sowjetarmee heranzumachen und dort auf alle mögliche Art und Weise Spionage, Wehrkraftversetzung und dergleichen mehr zu betreiben. Es muß aber hier zu denken geben, daß die Sowjetbehörden kaum je Politiker oder Journalisten verhaftet haben, auch wenn diese noch so heftige und offene Gegner der Kommunisten sind, sondern fast ausschließlich unbekannte Leute, von denen, jedoch häufig behauptet wurde, daß sie in irgendinem Dienst oder Bekannschaftrahmen zu alliierten Stellen standen.

Hier stellt sich nun die eigentliche Aufgabe für Österreich. Zwei grundsätzliche Gesichtspunkte müssen hier von Österreich vertreten werden. Erstens der klare Ausdruck der Meinung, daß die Art und Weise, in der die sowjetische Besatzungsmacht Österreicher wie Vieh ins Netz locken und einfangen läßt,

### Rücktritt von Bürgermeister Winkler

Die Halleiner Bürgermeisterkrisis, über die wir ausführlich berichtet haben, ist beendet: Bürgermeister Rudolf Winkler (SP) übergibt heute sein Rücktrittsgesuch dem amtsführenden Bürgermeister Ried zur Weiterleitung an die Wahlbehörde. Zum Nachfolger Winklers wurde, wie schon von uns gemeldet, der SP-Stadtrat Döhl aussersehen. Die offizielle Wahl wird in der nächsten Gemeinderatsitzung erfolgen.

### Frühlingskonzert in Hallein

Nach längerer Pause trat am Samstag abend die Halleiner Liedertafel wieder an die Öffentlichkeit. Im Großglockner Scheiter fand ein Frühlingskonzert statt, an dem Männer- und Frauenchor und das Orchester der Liedertafel unter der Leitung der beiden Chormeister, Direktor Josef Göttlicher und Dr. Andrä Mairoll mitwirkten. Das Programm, das vom vollen Haus ebenfalls aufgenommen wurde, brachte einen Querschnitt durch Oper, Operette und Volkslied.

### Zoll-Großrazzia

Zwischen dem 5. und 12. April war die Zollsäule Bönn auf Weisung des Bundesfinanzministers zu verstärkter Schmuggelbekämpfung im Raum Berchtesgaden-Bad Reichenhall freilassen eingestellt. Ein Durchgang endete mit einem durchschlagenden Erfolg: An Sachgütern wurden 2023 Kilo Kaffee, über 18.000 Zigaretten, über 22.000 Blatt Zigarettenpapier, verschiedene Mengen von Tee, Kakao, Brantwein, Feuerzeugen, Anzugstoffen usw., ferner vier Personenwagen und ein Motorrad beschlagnahmt. Auf dem Devisensektor wurden 5544 DM, 4940 öster. Schillinge, 835 Dollar, 363 Schweizer Franken sowie holländ. Gulden, französische Franken, englische Pfund, Lire, Drachmen und Goldruble aufgebracht.

## „Militärstadt Anif“ - eine Gefährdung Salzburgs

Wer ist eigentlich „Verhandlungspartner“ der USFAI? Proteste richten sich nur gegen die Platzwahl

Zur Meldung, daß die amerikanische Besatzungsmacht im Gebiet von Anif bis nach Hallein hinauf den Bau großangelegter Truppenunterkünfte plante, teilte die Salzburger Landesregierung mit, daß sie in Wahrung der Interessen des Landes Salzburg und der betroffenen Bevölkerung hinsichtlich der Inanspruchnahme von Gelände durch die Besatzungsmacht nicht als Verhandlungspartner auftreten, sondern lediglich vermittelnd eingreifen kann. Die gegenwärtigen Pläne des Besatzungsgeleitens würden unerträgliche Härten mit sich bringen, weil dadurch nicht nur eine Bedrohung der blauerlichen Existenz in ganzen Ortschaften, sondern auch den Fremdenverkehrsinteressen der Festspielstadt Salzburg und ihrer näheren Umgebung und schließlich nicht zuletzt auch eine Gefährdung der Gemüseversorgung der Stadt Salzburg herausbeworfen werden würden. Dieser Standpunkt der Salzburger Landesregierung wurde auch den Vertretern der Besatzungsmacht mit dem Bruschen, ein gelegneteres Gelände auständig zu machen, mitgeteilt.

Wie uns dazu ergänzend Landeshauptmann Dr. Klaus mittelt, werde er als in seiner Macht stehenden Möglichkeiten nutzen. Die Angelegenheit stehe nicht völlig aussichtslos, jedoch müsse man bedenken, daß es österreichischer Stellung grundsätzlich nicht möglich ist, Vorhaben der Besatzungsmacht zu verhindern.

Wenn freilich die Landesregierung erklärt, nicht die Qualität eines Verhandlungspartners zu besitzen, so müste es zumindest Gespräche mit der Österreichischen Bundesregierung geben. Die betroffenen Grundstückseigentümer sind nämlich nicht einmal Gesprächspartner, da sie von den bereits vorgenommenen Bodenmessungen und Grundproben nicht verständigt wurden, während die Landesregierung zur gleichen Zeit von den Plänen des USFAI-Hauptquartiers immerhin Kenntnis hatte.

### Erbarmungslos auf die Straße gesetzt

Ein Firmeninhaber in Itzling hat in einem gleichfalls dort gelegenen Haus eine Anzahl bei ihm beschäftigte Arbeiter untergebracht. Unter diesen befanden sich ein Volksschulreifer aus Jugoslawien und ein Südtiroler. Ein Streit zwischen den Frauen führte zu einem Handgemenge zwischen den beiden Männern, der Südtiroler wurde dabei leicht verletzt und der Jugoslawen Deutsche kam dafür ins Gefängnis. Dies und verschiedene Schikanen, denen er und seine Familie ausgesetzt waren, nahm er sich darauf zu Herzen, daß er trüb sinnglich wurde,

aus Verzweiflung alles im Stich ließ und zu seinen Eltern nach Jugoslawien floh. Der Firmeninhaber strengte gegen die verlassene Frau die Räumungsklage an, drang damit durch und am 8. d. M. wurde die Frau mit ihren drei Kindern — zwei Töchtern von 17 und 18 Jahren und ein Kind statt angenommenes vierjähriges Österreichisches Mädchen von 20 Monaten — neben ihren geringen Habseligkeiten vom Gerichtssekretär erbarmungslos auf die Straße gesetzt.

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Im Laufe einer eingehenden Besichtigung konnte sich der Finanzminister von der dringenden Notwendigkeit der stark veralteten Betriebsanlagen überzeugen. So z. B. davon, um wieviel rationeller die Saline nach Aufstellung der Thermo-Kompressionsanlage anstelle der seit fast 100 Jahren in Betrieb stehenden Sudpfannen arbeiten wird. Während bisher beispielsweise 15.000 Tonnen Braunkohle für eine Jahreserzeugung von 13.000 Tonnen Salz verbraucht wurden, werden dann trotz Erhöhung der Jahresproduktion auf 20.000 Tonnen nur mehr 15.000 Tonnen Kohle notwendig sein!

Durch diesen ersten Finanzschuß wurden die intensiven Bemühungen aller daran interessierten Stellen, besonders die von Landeshauptmann Dr. Klaus und der Halleiner Gemeinde- und der Salinenvertretung von Erfolg gekrönt. Halleins zäher Kampf um die Erhaltung und Modernisierung seiner Saline war nicht vergeblich.

mit dem Bruschen, ein gelegneteres Gelände auständig zu machen, mitgeteilt.

Wie uns dazu ergänzend Landeshauptmann Dr. Klaus mittelt, werde er als in seiner Macht stehenden Möglichkeiten nutzen. Die Angelegenheit stehe nicht völlig aussichtslos, jedoch müsse man bedenken, daß es österreichischer Stellung grundsätzlich nicht möglich ist, Vorhaben der Besatzungsmacht zu verhindern.

Wenn freilich die Landesregierung erklärt, nicht die Qualität eines Verhandlungspartners zu besitzen, so müste es zumindest Gespräche mit der Österreichischen Bundesregierung geben. Die betroffenen Grundstückseigentümer sind nämlich nicht einmal Gesprächspartner, da sie von den bereits vorgenommenen Bodenmessungen und Grundproben nicht verständigt wurden, während die Landesregierung zur gleichen Zeit von den Plänen des USFAI-Hauptquartiers immerhin Kenntnis hatte.

So schwerwiegend die landwirtschaftlichen Bedenken sein mögen, werden sie von den Auswirkungen auf Salzburg gesamte künftige Entwicklung als Kultur- und Fremdenverkehrszentrum weit in den Schatten gestellt. Abgesehen von den unabschöbaren städtebaulichen Folgen, würde mit der militärischen Verbauung Anif das unmittelbare Vorfeld und das reizvolle Ausflugsgebiet des Salzburger Fremdenverkehrs vernichtet werden. Gerade unter Berücksichtigung dieser besonderen Rolle für die Stadt hat die Gemeinde Anif schon seit Jahrzehnten verlockendste Angebote zur Errichtung von industriellen Massenbauten oder auch nur Baracken anstrengt.

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich geäußert, zuletzt aber bedauern die Achseln. Die Landesregierung ist nicht zuständig und im dörflichen Umstandssamt kann man nur erfahren, daß die vom Innensenministerium angeordnete strenge Lager sperre unbedingt eingehalten werden müsse, obwohl sich in irgend einer Baracke unschwer ein Wohnraum für die Frau und ihre drei Kinder finden ließe. Und da wagt man noch zu behaupten, daß Österreich ein sozialer Musterstaat und hier außerdem ein starker christlicher Geist lebendig sei! Wir verzichten auf einen Kommentar und fragen nur: Ist das in Ordnung, und findet sich niemand, der helfen kann?

Die Straße ist nun schon die zweite Woche das Domizil der Frau und ihrer drei Kinder. Dabei ist die Frau nach einer schweren Operation und hat an beiden Beinen, die sie bandagiert halten muß, Venenentzündung; die eine Tochter leidet an Gelenkentzündung. Das Gericht erklärt, es habe nach dem Gesetz handeln müssen (obwohl eine geltende Gesetzesbestimmung und auch eine Verordnung der Besatzungsmacht vorschreiben, daß niemand die Dack über dem Kopf genommen werden darf). Das Wohnungssamt erklärt, es habe nicht genügend Wohnungen für Österreicher, geschweige denn für Volkendeutsche. Bei der Stadtgemeinde zeigt man sich ge